

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei anderen ausw. Vertretungen monatl. 2.50 M., viertel. 11.40 M. Durch die Post monatl. 2.50 M., viertel. 7.50 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 5013, 5016, 5017. — Anzeigenpreise: Die 43 mm breite Reklamezeile 60 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.-M.; anberuht: 70 Pf. 6.-M., Ausland 2.-M. 6.-M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeleg 15 M. pro 1000.

Nummer 198

Mittwoch, 28. April 1920.

74. Jahrgang

Der Sund von Hanau.

dz. Berlin, 28. April.

Der „Tempo“ vom 26. April bringt Nachrichten über die Aufdeckung eines gegen Frankreich gerichteten deutschen Kriegsplans. Danach hätte die in Hanau einrückende französische Kavallerie Waffen und Munition in beträchtlicher Menge vorgefunden, sowie 200 000 Scheffel Hafer mit der Aufschrift „Armee des Westens“. Außerdem hätten die Franzosen in Hanau umfangreiche Geheimakten gefunden von Manöverübungen, die auf der Karte von Offizieren der Reichswehr und der Sicherheitspolizei ausgeführt worden seien. Diese Manöverübungen hätten gegen Frankreich gerichtete Operationen ins Auge gefaßt.

Dazu wird von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt, daß die Sensationen des „Tempo“ auf falscher Ausdeutung päpstlich harmloser Fünde beruhen. Als die Franzosen in Hanau einrückten, war dort lediglich Sicherheitspolizei anwesend, aber keine Reichswehr. Diese grüne Polizei war von der Entente für die neutrale Zone ausdrücklich gebildet, und deshalb blieb sie, da sie eben keine militärische Truppe, sondern nur eine Volkstruppe ist, beim Einzug der Franzosen ruhig in Hanau, obgleich sie mit Leichtkloset vor dem französischen Einmarsch mit allen Geräten und allen Akten hätte abmarschieren können. Die Franzosen behandelten die Volkspolizei nicht als Militär und internierte sie in Griesheim. Waffen und Munition konnten die Franzosen nur in dem Maße finden, wie sie eine ordnungsgemäß geführte Volkstruppe stets besitzt. Von beträchtlichen Mengen kann keine Rede sein. Die Lagerung von 200 000 Scheffel Hafer in Hanau läßt allein schon unsere traurige wirtschaftliche Lage nicht zu. Daß Akten mit der Bezeichnung von Truppenführern gefunden wurden, erklärt sich wohl aus der Verwendung von alten Akten mit entsprechender militärischer Aufschrift, die noch aus der Kriegszeit stammt. Ganz phantastisch sind die Nachrichten über die Geheimakten mit gegen Frankreich gerichteten Kriegsplänen. In den Städten Frankfurt, Hanau und Gomburg lagen einem die zwei Bataillone Reichswehr und fünfzig Artillerieregimenter insgesamt etwa 1100 Mann Sicherheitspolizei. Daß sich Frankfurt durch diese Armee bedroht fühlte, ist doch wohl kaum anzunehmen. Was die angeblichen Operationspläne betrifft, so handelt es sich, wenn überhaupt etwas derartiges gefunden wurde, jedenfalls um eine Manöverausgabe aus der Zeit vor dem Kriege, die in dem Koffer eines ehemaligen Offiziers gelegen haben mag.

Wann wird geräumt?

dz. Paris, 27. April.

Wie der Berichterstatter des „Journal“ mitteilt, werden die französischen und belgischen Truppen die Ruhrgebiete verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiet auf 20 Bataillone, 8 Schwadronen und 2 Batterien zurückgeführt sein wird. Bis zum 10. Juni sollen diese Truppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Mann Volkstruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch 5000 Mann Volkstruppen ersetzt werden.

Wie die „Reff. Sta.“ aus Genf meldet, hat der Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung in Paris, Oberst, dem Sekretär der Friedenskonferenz in Paris die Mitteilung der deutschen Reichsregierung zugehellt, wonach die Zahl der Truppen im Ruhrgebiet auf die Ziffer von 17 000 zurückzuführen ist, die der im vorigen Jahre zustande gekommenen Vereinbarung entspricht. Wie die französische Regierungspresse jedoch dazu bemerkt, wird die parlamentarische Kontrollkommission der Alliierten erst die Richtigkeit dieser Mitteilung nachprüfen, bevor die französischen Truppen den Befehl erhalten, Frankfurt und die übrigen Städte des Rheinlandes zu räumen. Es müßte, so heißt es in dieser offiziellen Note weiter, vor allem festgestellt werden, ob die deutschen Militärbehörden unter Verbeibehaltung der Ziffer 17 000 nicht versucht haben, besonders Offiziere und Unteroffiziere im Ruhrgebiet zu befestigen.

Der deutsche Geschäftsträger aus Paris in Berlin.

Der am Montag in Berlin zur Befragung mit der Reichsregierung eingetroffene deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mauer hatte eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler und dem Minister des Innern. Heute wird er laut „Berl. Tageblatt“, mit dem Vertreter des Wiederaufbauministers und erneut mit dem Reichskanzler und vielleicht mit dem Reichsfinanzminister sich besprechen.

Zum Rücktritt des Generals Watter.

Wie aus Offen gemeldet wird, beruht der Rücktritt des Generals v. Watter nicht auf einem freiwilligen Entschluß. Der General war vielmehr infolge eines Briefes, der in einer Form gehalten war, die ihm ein weiteres Verbleiben im Dienst unmöglich machte, zur Einreichung seines Abschiedsgesuches gezwungen. Zum Nachfolger des Generals v. Watter ist der Generalmajor v. Campe bestellt worden.

Rücktritt des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 27. April. Nachdem die Vereinfachung der Eisenbahnen nunmehr von der Nationalversammlung verabschiedet worden ist, hat Minister Dr. Bell seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch eingereicht. Gemäß der bei der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts getroffenen Abrede übernimmt Reichsminister Bauer das Reichsverkehrsministerium. Die Uebernahme erfolgt auf Wunsch aller drei die Regierung bildenden Parteien. Dabei war die Erwägung maßgebend, daß Bauer bereits während seiner Kanalarbeit Veranlassung gehabt hat, sich mit den organisatorischen Aufgaben des Verkehrsministeriums aufs eingehendste zu befassen und wiederholt die schwierigen Verhandlungen über das für uns so bedeutungsvolle Verkehrsproblem leiten mußte. Auch wird ihm seine langjährige Erfahrung in der Behandlung von Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfragen bei der Bewältigung der neuen Aufgabe sehr zuzustatten kommen. Minister Bauer hat sich bereit erklärt, behufs Erledigung der Entscheidung eines Minister ersordernden Angelegenheit das Amt kommissarisch zu verwalten. (Die Anpreisung Bauers ist gerodetzu lächerlich. Schriftl.)

Lohnkonferenzen der Eisenbahner.

Berlin, 27. April. Im Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofes fand heute eine Besprechung zwischen den Vertretern des Reichsministeriums und der großen Organisation der Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung über die Grundlagen des Lohntariffvertrages für das gesamte Reichseisenbahngebiet statt. Der Reichsverkehrsminister wies auf die Notwendigkeit hin, das Lohnverhältnis der Arbeiter der Reichseisenbahnen nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln. Kamens der Reichsregierung richtete er an die Arbeitervertreter die dringende Bitte, den Forderungen der Zeit gerecht zu werden und sich im Rahmen des Möglichen zu halten, um den Wiederaufbau des Verkehrs und Wirtschaftslebens zu ermöglichen. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Dienstenthebung ostpreussischer Landräte.

Berlin, 27. April. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind in Ostpreußen verschiedene Landräte beurlaubt oder vom Dienst suspendiert worden, so die Landräte von Insterburg, Pilskalen, Gumbinnen, Labiau, Regenitz und Niederung.

Die Grenzfestsetzung im Osten.

Die interalliierte Grenzfestsetzungskommission begann gestern endgiltig mit der Grenzfestsetzung zwischen dem künftigen Freistaat Danzig und der Republik Polen.

Reichskanzler Müller als Kandidat.

Dem „Vorwärts“ zufolge ist durch Beschluß der sozialistischen Parteiorganisation in Würzburg Reichskanzler Müller als erster Kandidat für die Liste des Wahlkreises Ober-, Mittel- und Unterfranken aufgestellt worden. Müller hat die angebotene Kandidatur bereits angenommen.

Das Attentat auf Erzberger.

Das Reichsgericht hat die Revision des ehemaligen bairischen Oltwig von Hirschfeld, der am 21. Febr. vom Schwurgericht in Berlin wegen schwerer Körperverletzung, begangen durch den am 26. Jan. vor dem Reichsgericht in Berlin auf Erzberger abgegebenen Pistolenschuß, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, verworfen.

Kansen, der Führer in die Heimat.

Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat sich Fritz Hof Kansen bereit erklärt, die Leistung des Rücktransports der deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien zu übernehmen.

Der 1. Mai.

In Deutschland kein Feiertag.

Die Nationalversammlung hat den Antrag der Sozialdemokraten auf Erklärung des 1. Mai als Feiertag abgelehnt. Ein gleicher Antrag wurde auch in der Landesversammlung abgelehnt.

In Italien.

Rom 27. April. Der Zentralausschuß des Eisenbahnerbundes hat beschlossen, daß die Eisenbahner dieses Jahr an der Feier des 1. Mai teilnehmen werden. Die Arbeit wird am 1. Mai um 8 Uhr früh niedergelegt und am 2. Mai um dieselbe Stunde wieder aufgenommen werden. — Die passive Resistenz im Volk- und Telegraphenwesen dauert fast einmütig, aber ohne besonderen Zwischenfall fort, obwohl die Regierung entschlossen ist, die Geheißer zu sperren.

Ein neuer Spartakus-Aufstand.

Berlin, 28. April. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist bekannt, daß bei Halle Bestrebungen gegen die Sicherheit des Staates im Gange sind. Die zuständige Stelle ist der festen Ueberzeugung, daß die getroffenen Maßnahmen zur Vereitelung dieser Bestrebungen vollständig ausreichen. (Wir kommen auf die Angelegenheit in der nächsten Nummer zurück.)

Die Ueberschüsse der Viehhandelsverbände.

Die preussische Landesversammlung beschäftigte sich mit der Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der Ueberschüsse der preussischen Viehhandelsverbände. Die Vorlage enthält eine Aufstellung, nach der die 12 Viehhandelsverbände in Preußen insgesamt 110 330 000 Mark ausgeteilt haben, davon etwa 41½ Millionen Mark zur Förderung und zum Wiederaufbau der Viehzucht, über 5 Millionen Mark zur Beschaffung von Futtermitteln, nahezu 10 Millionen Mark zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Förderung der Viehvericherung, über 4 Millionen Mark zur Anlage von Meliorationen, über 25 Millionen Mark zur Förderung wissenschaftlicher Institute und Hochschulen und über 14 Millionen Mark an Kommunalverbände für Schlacht- und Rasthausanlagen und zur Verbesserung der Fleisch- und Milchversorgung der Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke.

Die Deutschen in Spa.

Amsterdam, 27. April. Nach einer Meldung des „Tempo“ aus San Remo erklärte Lloyd George gestern abend bei einem Empfang italienischer Journalisten, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spa die deutschen Vertreter als „letztberichtig“ behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik.

Der Anschluß Oesterreichs an das Reich.

dz. Graz, 28. April. Unter den Eingängen der gestrigen Sitzung des Landtags befand sich ein Antrag der heimatlichen Bauernpartei, der Landtag möge erklären, daß er in dem Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich die einzige Möglichkeit der politischen und wirtschaftlichen Erholung erblicke und an das Staatsamt für Reichsangelegenheiten die dringende Bitte richte, bei dem Inkrafttreten des Friedensvertrages entschieden die Aufnahme des Anschlußvertrages zu fordern. Der Antrag wurde dem Verfassungsausschuß zugewiesen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 27. April. Die Besprechung über den Haushaltsplan, den der Reichsfinanzminister der Nationalversammlung vorgelegt hat, ist gestern fortgesetzt worden. Der Volksparteiler Dr. Nieber erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, daß seine Partei dem neuen Reichsfinanzminister ohne jedes Mißtrauen gegenüber stehe und ihm besten Erfolgs wünsche. Der Redner fragt dann an, ob es nicht möglich wäre, die Ausgaben für die Bekämpfung der Inflationsursachen durch eine Verminderung der Ausgaben für die Bekämpfung der Steuerlasten einen Steuertruf vor, in dem Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe zusammengeschlossen werden; diese Gruppen sollen unter sich die steuerlichen Lasten nach dem Maßstab der Leistungsfähigkeit verteilen. Zur Hebung der Produktion sollen die Arbeiter an der Ueberschussproduktion beteiligt werden, nach einer gewissen Uebergangszeit soll die Privatwirtschaft von allen Steuern befreit werden. — Der Abg. Henke von den Unabhängigen wendet sich gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und wirft der Reichsregierung Bruch des Friedensvertrages ab, bei der Beurteilung von Angehörigen der Roten Armee vor. — Der Reichsminister findet sich gegen diese Vorwürfe zu verteidigen und verpflichtet sogar weitgehendste Anwendung des Begnadigungsgesetzes.

Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell, der inzwischen zurückgetreten ist, verteidigt sich gegen den Vorwurf des Abg. Nieber, daß das Reichsverkehrsministerium die Bahnen der Länder mit 40 Milliarden viel zu teuer bezahlt habe.

Der Reichswehrminister Dr. Geffler spricht über die Verminderung der Armee. Die Stärke sei der im Friedensvertrag vorzusehenden von 100 000 Mann bereits nahe gebracht, von 39 000 Berufsoffizieren seien nur noch 9000 im Dienst.

Ein Antrag, der wissenschaftlichen Abteilung für Volksbildung an der Universität Frankfurt 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen, wird angenommen.

Schließlich wird der Haushaltsplan des Reichsfinanzministers gegen die Stimmen der Reichsparteien und Unabhängigen angenommen.

